

Italiens brave Gewerkschaften kuschen vor der rechtsradikalen Regierung Meloni

Liebe Kolleginnen & Kollegen!

Nach langer Zeit der weitgehenden Passivität haben sich zwei der drei großen sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftsbünde iTALIENS nun endlich zu einer Mobilisierung der Lohnabhängigen durchgerungen. Die größte Gewerkschaftszentrale CGIL (ehemals der im Februar 1991 aufgelösten Kommunistischen Partei PCI, heute der Demokratischen Partei - DP - nahestehend) plant zusammen mit der drittgrößten UIL (ehemals PSI-nah) einen "Generalstreik" für höhere Löhne, Verbesserung der Arbeitnehmerrechte und gegen das Haushaltsgesetz, das zu einer Verarmung von Arbeitern, kleinen Angestellten, Rentnern und Erwerblosen führt. CGIL und UIL wünschen sich stattdessen eine andere / beschäftigtenfreundliche Wirtschafts-, Sozial- und Tarifpolitik.

Die zweitgrößte Zentrale - die christdemokratische CISL - fällt gegenüber der rechtsradikalen Regierungskoalition aus der "post-faschistischen" Fratelli di Italia (FdI), der rechtspopulistischen Lega und der einst von Silvio Berlusconi gegründeten Forza Italia nur durch Anpassung, Unterordnung und weitgehendes Schönreden ihrer Maßnahmen auf.

Auch der Widerstand von CGIL + UIL bleibt jedoch weit hinter dem zurück, was nötig wäre. Sie haben ihren "Generalstreik" von vornherein regional und branchenmäßig stark zerstückelt: Den Auftakt machen am Freitag, den 17. November 2023, Mittelitalien und der Transportsektor; am 20. November ist dann Sizilien an der Reihe; am 24. November sollen die Lohnabhängigen in Norditalien acht Stunden lang die Arbeit niederlegen; am 27. November ist Sardinien dran; und am 1. Dezember dürfen endlich auch die süditalienischen Beschäftigten in Neapel, Bari, Reggio Calabria etc. ihrem Unmut durch einen achtstündigen Ausstand Ausdruck verleihen.

Doch selbst dieser "Generalstreik" auf Raten war der ehemaligen Faschistin und heutigen Regierungschefin Giorgia Meloni (FdI) sowie ihrem Verkehrsminister Matteo Salvini (Führer der Lega und als passionierter Migrantenfeind bekannt) noch zuviel. Sie beschränkten via Dienstverpflichtung den für morgen geplanten achtstündigen Transportarbeiterstreik auf vier Stunden und zwar von 9 bis 13 Uhr - also auf die Zeitspanne mit dem geringsten Verkehrsaufkommen in der Personenbeförderung.

(siehe dazu die Ankündigungen auf der CGIL-Homepage, zwar in Italienisch, aber gut verständlich: ['Adesso basta!' CGIL e UIL scioperi e manifestazioni contro la manovra](#))

Nach kurzem Theaterdonner akzeptierten die obersten Gewerkschaftsbürokraten von CGIL und UIL schließlich diesen gravierenden Angriff auf das Streikrecht, ohne auch nur juristischen Widerstand dagegen geleistet zu haben. Zugleich beschwerten sie

sich darüber, dass deutlich kleinere, kämpferischere und zumeist weiter links angesiedelte Basisgewerkschaften wie USB, CUB, OrSA, Cobas etc. von der Regierung in der Vergangenheit nicht ebenso beschränkt wurden - verunden mit der unverschämten Forderung nach einem Gesetz, dass die Repräsentativität der jeweiligen Gewerkschaften misst und so der renitenten kleinen Konkurrenz möglichst den Garaus macht...

Zu diesem Geschehen im Folgenden zwei von uns übersetzte Artikel vom 16.11.2023 aus der linken Tageszeitung "*il manifesto*" (die nicht zuletzt durch viele Abonnements des CGIL-Apparates finanziell überlebt!) und aus der Online-Tageszeitung "*Contropiano*", die von dem aus der Arbeiterautonomie-Bewegung von 1977 / 78 hervorgegangenen Rete dei Comunisti (Netzwerk der Kommunisten) herausgegeben wird und der größten linken Basisgewerkschaft USB freundschaftlich verbunden ist.

Mit solidarischen Grüßen, **GEWERKSCHAFTSFORUM HANNOVER**

"*il manifesto*" 16. November 2023

CGIL und UIL machen weiter: "Wenn sie den Streik angreifen, werden wir die Straßen und Plätze füllen"

Verpflichtung zum Dienst: Landini und Bombardieri gegen die Gründe für die Vorschrift: Wir gefährden nicht die Transportarbeiter, aber wir werden Berufung einlegen. Der Protest ist auf vier Stunden in diesen Sektoren begrenzt. Morgen erste Demonstration auf der Piazza del Popolo in Rom

Massimo Franchi

"In Anbetracht der positiven Entwicklung des Tourismus (...) und unter Berücksichtigung der Tatsache, dass mit einer hohen Beteiligung an den genannten Streiks zu rechnen ist (...) ordnet der Minister für Infrastruktur und Verkehr im Auftrag der Ministerpräsidentin an, dass (...) der von den Gewerkschaftsbünden CGIL und UIL ausgerufene (also 'generelle'; Anm. d. Red.) Streik für alle öffentlichen und privaten Arbeitnehmer, einschließlich der Beschäftigten von Auftragsfirmen, am 17. November 2023 auf vier Stunden - von 9 bis 13 Uhr - reduziert wird."

DIE SECHS SEITEN, mit denen Matteo Salvini die Bevormundung aller Transportarbeiter rechtfertigt, enthalten belustigende Passagen. Und gleichzeitig "gefährliche". Sie wurden von ((den generalsekretären der CGIL und UIL)) Maurizio Landini und Pierpaolo Bombardieri auf der Pressekonferenz hervorgehoben, auf der die Mobilisierung mit fünf Streiktagen bis zum 1. Dezember neu lanciert wurde.

Die anderthalb Stunden begannen mit einem wahren Füllhorn an nicht eingehaltenen Versprechungen von Giorgia Meloni und Matteo Salvini: "Rückgängigmachung der Fornero-Rentenreform" ((vom Dezember 2011)), "Besteuerung der Extraprofite" und das Versprechen einer "Blockade des ganzen Landes, um die Regierung nach Hause zu schicken", das der Ministerpräsident und sein Stellvertreter, die Lega Nord, abgegeben hatten. "Eine totale Schizophrenie im Vergleich zu dem, was sie tun", attackierte Landini. "Der Angriff auf das Streikrecht ist sehr ernst. Viele europäische Gewerkschaften waren von dem, was hier passiert ist, überrascht: in Deutschland wird ähnlich gestreikt und es gibt dort keine Präventivmaßnahmen, in Frankreich ebenso. Wenn jemand den sozialen Konflikt in Frage stellt, muss er wissen, dass er einen Grundpfeiler der Demokratie in Frage stellt. Wir haben es mit einem gefährlichen Rückschritt seitens der Regierung zu tun. Und es ist kein Zufall, dass der Angriff auf die Verfassung mit dem Reformprojekt und der differenzierten Autonomie zusammenfällt: Es ist die gleiche Logik", donnert Landini.

"Wir haben in diesen Tagen Kontroversen vermieden, aber wenn von einem angeblichen 'verlängerten Wochenende' für Arbeitnehmer die Rede ist, die auf einen Tag Gehalt verzichten und am Samstag und Sonntag zum Dienst zurückkehren, dann denken wir, dass die verbale Gewalt ein zu hohes Niveau erreicht hat. Salvini hat mit keinem Wort auf die mindestens sechs Generalstreiks der kleinen Gewerkschaften reagiert und dabei mit zweierlei Maß gemessen, als er im Juli zweimal die CGIL und die UIL im Luft- und Schienenverkehr zum Dienst verpflichtet hat, indem er Tarifverhandlungen versprach, die nie stattfanden", attackiert Bombardieri, der am Dienstagabend ausdrücklich von "institutionellem Squadrismus" ((also einer SA-Terror-Mentalität!)) gesprochen hatte.

Unglücklicherweise hatte der Führer der Leghisten bereits gestern Morgen wieder von der "Notwendigkeit einer Revision der Streikgesetze" gesprochen (obwohl Meloni ihn am Abend bremste), während das Gesetz 146 aus dem Jahr 1990 über Streiks in den essentiellen Dienstleistungen, das mit CGIL, CISL und UIL vereinbart wurde, die Zeichen der Zeit erkennen lässt und das Streikrecht erheblich einschränkt, insbesondere in Ermangelung eines Gesetzes darüber wie repräsentativ Gewerkschaften sind, das die tatsächlichen Mitglieder der Gewerkschaften erfasst.

Wie bereits in "il manifesto" angekündigt, haben CGIL und UIL dennoch beschlossen, die Transportarbeiter aufzufordern, nur vier Stunden lang zu streiken. Wir wollen die Arbeitnehmer nicht gefährden, denn wenn sie sich nicht an die Vorschriften halten, riskieren sie wirtschaftliche und strafrechtliche Sanktionen", erklärte Landini. Aber gleichzeitig betrachten wir die Gründe für die Kommission und die Vorschriften als ernsthafte Maßnahmen, und wir werden alle Maßnahmen in Betracht ziehen, um die

Rechte der Arbeitnehmer zu schützen. Wir hatten bereits beschlossen, die Anweisungen der Garantiekommission nicht zu befolgen, die acht Stunden Streik einzuhalten und die vorgesehenen Bußgelder zu zahlen", so Bombardieri weiter, "aber jetzt sind die Arbeitenden und nicht wir Gewerkschaften in Gefahr. Dennoch überlegen wir, wie wir unseren Kampf gegen inakzeptable Entscheidungen fortsetzen können, indem wir die Texte anfechten".

Gestern haben CGIL und UIL auch einen Dringlichkeitsantrag nach Artikel 28 wegen gewerkschaftsfeindlichen Verhaltens geprüft, der auch das Streikrecht schützt. In diesem Fall hätte das Arbeitsgericht die Durchsetzbarkeit der Vorschriften blockiert. Aufgrund des engen Zeitrahmens und der Ungewissheit, ob der Fall in der Sache gewonnen wird, war es jedoch ratsam, die Klage zu vertagen und in den kommenden Tagen strukturiertere Rechtsmittel vorzubereiten.

Trotzdem ist der Streik von Salvini ein fantastischer und unerwarteter Impuls für die Mobilisierung von CGIL und UIL. "In diesen Stunden spüren wir, dass die Beteiligung an unseren Streiks und Demonstrationen auf den Straßen und Plätzen wächst", sagen Landini und Bombardieri unisono und verabreden sich für morgen um 9.30 Uhr auf der Piazza del Popolo in Rom für den ersten der fünf Streiktage - den der Regionen Mittelitaliens und aller öffentlichen Angestellten und Transportarbeiter in ganz Italien.

(Übersetzung + Einfügungen in doppelten Klammern: Gewerkschaftsforum Hannover)

"Contropiano" 16. November 2023 (10:12)

Eine Kapitulation, die allen Arbeitern weh tut

Dante Barontini

Wir brauchten keine Kristallkugel, um eine Vorhersage zu wagen. Aber wir zogen es vor, sie nicht vorwegzunehmen, denn jede Andeutung eines Konflikts kann Folgen haben, die von den Protagonisten nicht vorhergesehen wurden.

Die Entscheidung der CGIL und der UIL, sich Salvinis Anweisungen zu unterwerfen, ist jedoch mehr als eine "taktische" Niederlage.

Der Rückzieher in Bezug auf das Verkehrswesen (die Beschränkung auf nur 4 Stunden, von 9 bis 13 Uhr) zu akzeptieren, nachdem man bereits auf die Beschränkung des Luftverkehrs verzichtet hat, betrifft nämlich den einzigen relevanten politischen Punkt, den die Regierung selbst angesprochen hat.

Wie wir bereits schrieben, war dies der Bereich, der jetzt als Lackmustest dafür dient, ob eine allgemeine Mobilisierung stattfindet oder nicht. Wenn der öffentliche Verkehr

stillsteht, wird gestreikt. Ansonsten ist es ein Wort, das nur für die direkt Betroffenen am Arbeitsplatz konkret wird.

Allein in diesem Punkt hatte die Regierung mit dem Tauziehen mit CGIL und UIL bereits einen ersten halben Erfolg erzielt.

Die "Kapitulation" der beiden Gewerkschaftsbünde vervollständigte das Werk, das schlecht mit dem Wunsch kaschiert wurde, "den Arbeitnehmern nicht zu schaden", die bei Verstößen gegen die Vorschriften mit hohen Geldstrafen hätten belegt werden können.

Das Problem der Sanktionen ist gewiss ernst, aber eine ebenso ernsthafte Gewerkschaft hätte diesen Kampf anführen können und müssen, indem sie ihre "Truppen" auf eine Konfrontation vorbereitet hätte, die nicht "die übliche Mobilisierung" sein würde.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Einrichtung von "Widerstandskassen" würde die erpresserische Macht der Wirtschaftssanktionen verringern...

Dies ist eine faschistische Regierung, die sich durch Unwissenheit und Arroganz auszeichnet - und wir befinden uns zudem in Zeiten des Krieges. Alle sozialen Beziehungen erfahren eine Wendung, die das Terrain von "Rechten und Regeln" zu reinen Machtverhältnissen verschiebt.

Mit anderen Worten: Sie haben es nicht mit den Regierungen Letta oder Draghi (oder gar Berlusconi) zu tun, mit denen Sie Ihre Scheingefechte in der Öffentlichkeit austragen und dann "in der Konfrontation" die hohlsten Kompromisse finden konnten, die Sie als "Siege" verkaufen konnten.

Diese Regierung lebt nur, wenn sie von sich behaupten kann, "Feinde" vernichten zu können, andernfalls gerät sie in eine Sauerstoffkrise. Und ein "Feind", der so historisch kapituliert hat wie CGIL und UIL (die christliche CISL hatte sich längst zurückgezogen), ist das Beste, worauf das politische Personal hoffen kann.

Es ist eine Niederlage, die den sozialen Konflikt der nächsten Jahre zu prägen droht, denn die Verbindung zwischen der so genannten "Garantiekommission" und der Regierung kann an diesem Punkt "strukturell" werden und zur "Regel" für die nächsten Streiks (branchenweiten oder Generalstreiks, das macht jetzt kaum einen Unterschied).

Kurz gesagt, es ist eine Niederlage, die auf der gesamten Arbeiterbewegung lastet, die durch mehr als 30 Jahre "Sozialpartnerschaft" bereits stark zersplittet ist.

Wenn es schon bislang viele gute Gründe gab, diese Organisationen zu verlassen und sich anderen zuzuwenden, so werden sie jetzt verzehnfacht.

Wir wissen sehr wohl, dass diese "Unzufriedenheit" bisher nur in geringem Maße auf die konfliktbereiten Gewerkschaften übergegriffen und sich stattdessen in das deprimierte Gemurmel "Die sind doch alle gleich" verwandelt hat.

Wir wissen aber auch, dass die Werktätigen als denkende Menschen nicht unendlich ausgequetscht werden können. Und dass es Alternativen zu CGIL und UIL gibt.

(Übersetzung + Einfügung in doppelten Klammern: Gewerkschaftsforum Hannover)

Siehe Hintergründe und Berichte vom 17.11.2023 im LabourNet Germany im Dossier: [Italiens heißer Herbst 2023 gegen Sparmaßnahmen der und die Meloni-Regierung selbst](#)